

Einmal wöchentlich. Bezugspreis: für Juni 2 R.-M. auschl. Postgebühren. Berechnung der Anzeigen nach Rent-Markt. Preise: Die einzeln getragene Seite 20 S., 1. Familien- u. Vereinsanz., Gesuche 20 S., Die Zeitungs- und Anzeigen-Preise 20 S., bei Ueberhebung d. d. Post außerdem Porto- und Frachtkosten. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Mark. Geschäftslicher Teil: Josef Hohmann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Kaufverträgen u. Leistung v. Schadenersatz für unbedeutlich u. d. Fernspr. übermittelte Anzeigen übernehmen wie keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. mit Rückporto nicht verfolgbare Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptgeschäftlicher: Dr. Josef Albert, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung 200
Dresden, 16. Holzschloßstraße 46, Fernruf 22722, Voll-
schiffamt Dresden 14707

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden - 11, 10 Holzschloßstraße 46, Fernruf 22722
und 3038

Die Lage in Bulgarien

Von einem besonderen außenpolitischen Mitarbeiter.

Im Innern hat der von Jankow geführte Bürgerblock den Kampf gegen den Kommunismus fortgesetzt. Der Kassationshof hat entschieden, daß alle kommunistischen Organisationen unter den Begriff der durch das Gesetz zum Schutze des Staates verbotenen Organisationen fallen und ihre Auflösung sowie die Konfiskation ihres Vermögens zugunsten des Staates angeordnet.

Diese Entscheidung richtet sich vor allem gegen die Wirtschaftskombände der bulgarischen Kommunisten, insbesondere den großen Konsumverein, der 70 000 Mitglieder zählt und einen Umsatz von 400 Millionen Levva hat, da erwiesen ist, daß dieser Verein die Kommunisten wiederholt mit heimlich in Warna gelandeten Waffen ausgerüstet und unter wirtschaftlichem Deckmantel regie kommunistische Propaganda getrieben hat. Der Kassationshof hat gleichfalls die „Arbeitspartei“ für ungesetzlich erklärt, die sich nach dem Verbot der kommunistischen Partei als solcher aus deren gemäßigteren Elementen neu gebildet hatte. Andererseits hat das Kabinett Jankow sich verständlich gezeigt gegenüber den Teilnehmern an den agrarisch-kommunistischen Unruhen im Juni und September 1923, die auf südostslovenisches Gebiet gestrichelt waren. Mit Ausnahme von 40 Anführern und Führern der Bewegung hat es diese Personen amnestiert und ihnen die Rückkehr nach Bulgarien gestattet. Ebenso sind die Minister des Kabinetts Stambulinski, die beschuldigt waren, durch die Bildung von Orangearden die Unruhen des vorigen Jahres veranlaßt zu haben, freigesprochen und aus dem Gefängnis entlassen worden, soweit sie nicht wegen anderer Straftaten in Haft bleiben. Allerdings hat der Staatsanwalt gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Der in Sobranjo gestellte Antrag, die Amnestie auf die Mitglieder des Kriegskabinetts Radoslawoff auszudehnen, wurde von der Regierung bekämpft und von der Mehrheit verworfen.

Es besteht kein Zweifel, daß diese Maßnahmen die kommunistische Agitation zwar behindern, aber keineswegs beseitigen werden. In einem Geheimbericht vom 20. Februar 1924 stellt der bulgarische Kommunistenführer Kolaroff fest, daß die Partei nach wie vor fest gelagert sei, wenn sie auch infolge des Verbots nicht offen politisch hervortreten könne. Sie brauche den Bürgerblock nicht zu fürchten, dagegen müsse sie leider einen großen Teil ihrer Kraft im Kampf gegen die bulgarischen Sozialisten verwenden. Ein anderes kürzlich von Bulgarien veröffentlichtes Geheimdokument, datiert Berlin, den 25. März 1924, enthält Angaben über die Beiträge des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale zur Unterstützung der kommunistischen Bewegung in verschiedenen Ländern. Für den deutschen Wahlkampf wird für April eine Million Goldmark angeboten, für den amerikanischen Wahlkampf zunächst 40 000 und vom 1. März ab monatlich 25 000 Dollars. In der Türkei soll zur Kalifatfrage nicht Stellung genommen werden. Dagegen sollen 50 000 Goldmark dem Orientkomitee zur Verfügung gestellt werden.

Was die Stellung des Kabinetts Jankow angeht, so sind bekanntlich der Demokratenführer Malinoff und der Chef der Radikalen Kofurkoff vor einigen Wochen mit einigen persönlichen Anhängern aus dem Regierungsblock, dem demokratischen Sgavor ausgeschlossen. Doch betrachtet dieser diese Loslösung unsicherer Mitglieder als eine Stärkung und hält mit seinen etwa 140 Mandaten seine Mehrheit nach wie vor gesichert, umso mehr als die Dissidenten-Gruppen Malinoff und Kofurkoff nur die Verschmelzung mit dem Sgavor, nicht aber die Zusammenarbeit von Fall zu Fall ablehnen. Allerdings soll es auch im Sgavor selbst kerkeln. Es wird gegen den als zu militaristischen Charakter des Kabinetts Jankow gilt, indem außer dem Kriegsminister auch die wichtigsten Ministerien des Innern und des Innern mit Militärs besetzt sind. Als eventueller Nachfolger Jankows wird Plaptschew genannt, der kürzlich aus Paris heimgekehrt ist, wo er Verhandlungen in der bulgarischen Reparationsfrage geführt hat.

In den Außenbeziehungen Bulgariens hat eine Annäherung an Rumänien stattgefunden. Bulgarische Bürgermeister sind in Bukarest freundlich aufgenommen worden und erwarten den Gegenbesuch ihrer rumänischen Kollegen. Die seit einem Jahre zwischen beiden Regierungen schwebenden Verhandlungen haben zum Abschluß eines Auslieferungs- und Rechtshilfevertrages geführt. Auch die rumänischen Klagen über Einfälle bulgarischer Banden in die Dobrudscha sollen durch geeignete Maßnahmen abgestellt werden, worüber die Verhandlungen demnächst beginnen sollen. Bulgarien ist mit der Behandlung seiner Nationalen in der Dobrudscha nicht unzufrieden, wenn es sie mit dem Terror der Serben in Mazedonien und der Griechen in Westthrazien vergleicht. Im Gegensatz zu Stambulinski, dessen Agrardemagogie und antimonarchistische Haltung in Rumänien lebhaftes Beforgnis vor Anstchtung erregt, hat das Kabinett Jankow den Weg nach Bukarest zu finden gesucht, doch dafür den erhöhten Groß Welgrads geerntet, das diese Annäherung umso mehr beargwöhnt, als die südslawisch-rumänischen Beziehungen zurzeit wenig bundesbrüderlich sind. Die offene Stellungnahme der südslawischen Presse für Rußland im besarabischen Konflikt hat in Rumänien wenig befriedigt. Südslawien seinerseits beschuldigt Rumänien, daß es das kufowalachische Element in Mazedonien ermuntere, die bulgarischen Komitads unter Todor

Der neue französische Präsident

Ein neues schweres Eisenbahnunglück

Cote und Schwerverwundete

Berlin, 14. Juni. (Drahtbericht.) Am 8 Uhr 16 Min. vormittags fuhr der Personenzug Magdeburg 361 bei der Einfahrt in den Potsdamer Fernbahnhof auf den vor dem Einfahrtssignal haltenden Personenzug 4121 auf. Nach dem bisherigen Bestellungen wurden drei Reisende getötet, 20 Personen schwer und circa 20 Personen leicht verletzt. Tote und Verletzte wurden sofort von dem Rettungsdienst geborgen und in das Wartha-Krankenhaus gebracht. Voranlässlich dauert die Verlethörung drei Stunden. Die Schuld an dem Unglück trifft die Bahndienstleiter im Potsdamer Fernbahnhof, der den Personenzug 4121 durch das zurückgemeldet hatte, ohne daß die Einfahrt des Zuges erfolgt war.

Doumergue

Paris, 14. Juni. Die Wahl des Präsidenten durch die Nationalversammlung wurde um fünf Uhr geschlossen. Das Resultat war folgendes: Abgegeben wurden im ganzen 890 Stimmen. Doumergue erhielt 515 Stimmen, Painlevé 399 Stimmen.

Gaston Doumergue, der neugewählte Präsident der Republik, ist der erste Präsident Frankreichs, der protestantischer Konfession ist. Doumergue ist am 1. August 1863 in Lignes obers, Departement Gard, geboren worden. Er studierte Rechtswissenschaft und war lange Zeit Anwalt in Nîmes. 1893 wurde er zum ersten Male als Abgeordneter seines Heimatdepartements in die Kammer entsandt. Er spezialisierte sich auf Kolonialfragen und war 1902 zum ersten Male Minister der Kolonien. 1900 wurde er Abgeordneter der Kammer und später im Ministerium Clemenceau Minister des Unterrichts. 1910 wurde er wieder von seinem Heimatdepartement in den Senat gewählt. Nach dem Sturze des Kabinetts Barthou 1913 wurde er mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Er war Ministerpräsident bis zum 3. Juni 1914. Am 3. August 1914 wurde er Außenminister im Kabinett der Kolonien. 1917 wurde er als französischer Delegierter zur Konferenz nach Petersburg entsandt. Nach dem Kriege nahm sein Einfluß im Senat weiter zu. 1921 wurde er Finanzminister. Im Januar 1923 wurde er Präsident des Senats.

Die Amtseinführung

Paris 14. Juni. Die Amtseinführung begann gestern 2 Uhr mittags. Vor Eröffnung der Abstimmung hielten die Linkspartei eine erechte Sitzung ab. Painlevé wurde als offizieller Kandidat der Linkspartei aufrechterhalten, da die Sozialisten erklärten, daß sie auf keinen Fall von einer Kandidatur Painlevés Abstand nehmen würden. Die ganze Rechte hat für Doumergue gestimmt. Bei der Verkündung des Resultats entstand im Kongreßsaal ein großer Tumult.

Die Kommunisten riefen „Amnestie“, „Es lebe die Kommune“. Die Mitglieder der Mittelparteien erhoben sich und stimmten die Parteifelle an, was die Kommunisten und Sozialisten mit dem Gesang der Internationale beantworteten.

Darauf erfolgte durch Marsal die Einführung des Präsidenten in sein Amt. Eine Kompanie Genietruppen zog in dem Augenblick auf, als der Präsident sich zeigte, erwies ihm die Honneurs u. fante die Fahne. Die offizielle Verkündung seiner Wahl erhielt Doumergue durch den Vizepräsidenten des Senats, Dieudonné Martin und den Ministerpräsidenten. Zur Begrüßung waren sämtliche Minister anwesend. Vizepräsident Martin hielt eine Ansprache, in der er die hervorragenden Verdienste des Präsidenten würdigte.

Präsident Doumergue antwortete mit einem Dank für das bewiesene Vertrauen und sagte u. a.: Wie ich 30 Jahre meines politischen Lebens getreulich meiner unwanterbaren Ideen, meiner Liebe zu Frankreich, meiner republikanischen und demokratischen Gesinnung mich gewidmet habe, werde ich auch im Dienste der Republik und der Demokratie diese Bestimmung beibehalten. Sie können sicher sein, daß niemand aktiver als ich die Verfassung respektieren (lebhafter Beifall), niemand entschiedener als ich über den Parteien stehen wird, damit ich zwischen Ihnen der unparteiische Schiedsrichter sein kann, und daß niemand mehr als ich sich von dem Willen des Parlaments, dem Ausdruck der Volkssouveränität, leiten lassen wird. Ich bitte Sie, mir Ihr Vertrauen zu erweisen, mein Vertrauen haben Sie dann.

Ministerpräsident Marsal hat Doumergue die Demission des Kabinetts überreicht. Der Präsident hat sie angenommen und das Kabinett gelassen, zunächst die laufenden Arbeiten weiter zu erledigen. — Der erste offizielle Regierungsaft Doumergues bestand darin, daß er Herriot mitleiden ließ, daß er ihn so bald wie möglich zu sprechen wünsche und daß es ihm angenehm wäre, ihn alsbald nach Schluß der offiziellen Wahlhandlung zu empfangen.

Alexandrow in ihrem Aufruf gegen Serbien geradezu zu unterstützen.

Mit Griechenland sind die Beziehungen nach wie vor nicht die besten. Zwar haben beide Regierungen ein Abkommen getroffen über die Rückkehr nach Westthrazien der in Tessalien und auf den Inseln internierten Bulgaren, doch klagen die Bulgaren wie früher über die Unterdrückung ihrer Volksgenossen

Folgen
Frankfurt a. M., 14. Juni. Als unmittelbare Folge des politischen Umsturzes in Frankreich hat sich auch eine Entspannung der Verhältnisse im besetzten Gebiet angebahnt. Als erste Folge dieser Entspannung ist die Rückkehr einer Reihe von ausgewiesenen Beamten zu verzeichnen. Auch einzelne Beamte sind von der Besatzungsbehörde in Freiheit gesetzt worden. Von höheren Beamten ist als erster der Regierungspräsident Rombach in Hagen in sein Amt wieder eingesezt worden, so daß auch neben anderen Beamten Regierungspräsident Gaenisch sein Amt in Wiesbaden wieder übernehmen kann.

Die Pariser Presse zur Wahl

Der linksradikale „Quotidien“ sagt: Wir haben die Schläge, auf die wir uns eingelassen hatten. Sozialpolitisch beherrschten die Konföderationen immer noch das Parlament. Diese Erwägung darf uns indessen keineswegs entmutigen. Wir für unseren Teil erwidern darin nur einen neuen Grund, unsere Anstrengungen zu verdoppeln. Heberhilden wir zunächst den Weg, den wir seit einigen Wochen zurückgelegt haben. Am 11. Mai wurde der nationale Rat hinweggefegt. Am 10. Juni geschah dasselbe mit Millerand. Man kann damit rechnen, daß künftig die Präsidenten der Republik sich ruhig verhalten werden. Noch heute wird Herriot ein Ministerium bilden. Die Verfall der Wahl gefährdet dieses Ergebnis nicht nur in keiner Weise, sondern sie bekräftigt diese Entschluna, die sich mit den Senatoren vollzogen hat, da die Reaktion sich auf einen Mann vereinigen mußte, den sie bis heute unabhängig verurteilt hatte. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ findet, daß die Persönlichkeit des Präsidenten nur in zweiter Linie die Arbeiterschaft interessiere, da es sich normalerweise nur um eine Repräsentationsstellung handle. Das Volk habe dazu beigetragen, Millerand zu verdrängen, weil an der Spitze der Nation ein Mann, dessen Ehrgeiz die tatsächliche Gewalt an sich gerissen habe, eine ständige Konfliktmöglichkeit mit den Wählern und schließlich den Krieg bedeutete. Die Arbeiter hoffen und wünschen es, wenn notwendig, verlangen, daß der neue Präsident sich vor allem als Vertreter einer Nation betraue, die den Frieden wolle, den Frieden von heute so gut wie den Frieden von morgen, den ständigen Frieden. Das führende Organ der Linksparteien, die „Ere-Nouvelle“, dokumentiert die Wahl folgendermaßen: Wir haben es vorausgesehen, daß Doumergue mit absoluter Mehrheit erwählt würde. Das Ergebnis, welches wir aufrichtig bedauern, bedeutet einen Akt in der Geschichte der französischen Demokratie. Das rechtsstehende „Echo de Paris“ feiert die Wahl Doumergues unverbohlen, und bucht das Ergebnis als einen Erfolg, weil Doumergue es in den großen wichtigen Fragen der äußeren Politik die Sicherheit verschafft, welche es braucht, und eine Garantie dafür ist, daß die revolutionären Ideen, soweit sie unter Herriot und Painlevé vorkommen konnten, erstickt werden. In derselben Weise äußert sich der „Glaire“ aus. Die Republikaner haben gefehert, daß die Demagogie des Linkskabinetts ihre großen Männer ins Exil schickte. Der neue Präsident hat eine Mehrheit erhalten, die durch republikanische Stimmen in Kammer und Senat erreicht worden. Morgen schon werden dieselben Republikaner Painlevé als Präsidenten der Kammer in erheben haben

Die englische Presse

London, 14. Juni. Die Mäster haben in ihren Besprechungen der Wahl Doumergues hervor, daß der neue französische Präsident sich stets als Freund Englands und der Entente gezeigt habe. Die „Times“ schreibt: Die Niederlage Painlevés sei unauweifelhaft als erster Schritt für Herriot anzusehen. Die Wahl Doumergues sei eine beachtende Warnung an die fortgeschrittenen Kartellisten, nicht zu sehr auf die Partei zu pochen. Das Blatt betont, daß Doumergue offen die Politik Poincarés in den deutschen Fragen einschließlich der Ruhrbesetzung unterstütze. Auch „Daily Herald“ bezeichnet die Wahl Doumergues als einen Schlag für das Ansehen der kommenden Regierung Herriots, erwartet jedoch, daß Doumergue sein Amt von der Parteipolitik, mit der Millerand es durchführte, reinigende werde.

Baldige Zusammenkunft Herriots mit Macdonald

Paris, 14. Juni. (Drahtbericht.) Man glaubt, daß Herriot, wenn er am Dienstag sein Kabinett der Kammer vorgelegt haben wird, sich sofort mit Macdonald in Verbindung setzen wird, um das Datum einer Zusammenkunft für Ende nächster Woche festzulegen.

Die Sanierung Oesterreichs

Genf, 14. Juni. Gleichzeitig mit der Tagung des Völkerbundes hat auch das Kontrollkomitee der Garantestaaten für die österreichische Anleihe die Beratungen über die neuen österreichischen Forderungen aufgenommen. Der österreichische Außenminister Grünberger und der Finanzminister Kienböck wollen persönlich in Genf, um die notwendigen Aufklärungen und Erläuterungen zu geben. Nachdem sich die österreichischen Finanzen günstiger als in dem Sanierungsprogramm vor-

durch die Griechen, während dieser Zeit die dauernden Einkünfte bulgarischer Banden beschwerten. Letztlich wurde sogar auf den griechischen Kriegsminister Konchils, der die Truppe inspizierte, geschossen und sein Adjutant erheblich verwundet. Mit der Türkei wird Bulgarien in Kürze die regelmäßigen diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen.